

Auszug aus der Niederschrift über die 05. Sitzung der Bürgerschaft am 20.08.2020

Zu TOP : 9.5

Anlegeverbot für Greenpeace-Schiffe

Einreicher: Michael Adomeit, Einzelbürgerschaftsmitglied

Vorlage: AN 0113/2020

Herr Adomeit erläutert den Antrag. Er geht dabei auf die Risiken ein, die von den versenkten Felsen ausgehen. Die Hansestadt Stralsund sollte ein Zeichen gegen die Aktion setzen.

Herr Dr. Zabel erklärt für die Fraktion CDU/FDP, dass die Verurteilung der Greenpeace-Aktion unterstützt wird. Das vorliegende Begehren hält er jedoch für rechtlich bedenklich.

Frau von Allwörden bestätigt, dass das Anliegen von Herrn Adomeit verständlich ist. Ein Anlegeverbot würde jedoch gegen § 9 HafenvO M-V verstoßen.

Als polizeiliche Maßnahme wäre aus Sicht von Frau von Allwörden die Beschlagnahme der Beluga II möglich, da die Aktion einen gefährlichen Eingriff in den Schiffsverkehr nach Strafgesetzbuch darstellt. Sie wiederholt, dass das Handeln von Greenpeace durch ihre Fraktion verurteilt wird. Der Antrag wird jedoch nicht unterstützt.

Herr Dr. von Bosse bestätigt, dass ein Anlegeverbot rechtswidrig wäre. Er betont, dass Greenpeace generell gute Ziele verfolgt.

Der Oberbürgermeister kritisiert, dass Straftaten für vermeintlich wichtige Ziele hingenommen werden sollen.

Herr Würdisch stimmt zu, dass die Aktion zu verurteilen ist. Der Antrag wird jedoch auch abgelehnt.

Herr Haack meint, dass Greenpeace dafür sorgt, dass die Ostsee durch kaputte Schleppnetze weiter vermüllt. Die Fraktion Bürger für Stralsund wird dem Antrag zustimmen, auch wenn einem Beschluss widersprochen werden muss.

Herr Haack unterstützt Herrn Adomeit dahingehend, dass die Fischerei zur norddeutschen Kultur zählt.

Für die Fraktion DIE LINKE erklärt Herr Quintana Schmidt, dass der Antrag aufgrund der juristischen Unzulässigkeit nicht unterstützt wird. Die strafrechtliche Beurteilung der Aktion sollte der Judikative überlassen werden.

Frau von Allwörden hält es für nicht sinnvoll, einen rechtswidrigen Beschluss zu fassen.

Herr Adomeit stellt klar, dass die Bürgerschaft es verpasst, ein Zeichen der Solidarität mit den Küstenfischern zu setzen.

Frau Bartel stellt einen Antrag auf Ende der Debatte nach Geschäftsordnung.

Herr Dr. Zabel erläutert, dass die Formulierung des Antrages nicht mehrheitsfähig ist.

Herr Suhr merkt an, dass es Sachargumente gibt, die gegen den Antrag sprechen. Zudem teilt er mit, dass in dem Bereich, in dem die Steine verklappt wurden, keine deutschen, sondern dänische und polnische Fischer unterwegs sind.

Persönlich findet er die Aktion nicht gut, weist aber darauf hin, dass es durch die Schleppnetzfischerei erhebliche Zerstörungen des Ostseebodens gibt. Herr Suhr warnt davor, dass die Debatte abgleitet.

In Richtung Herrn Dr. Zabel hinterfragt Herr Kühnel, warum kein Änderungsantrag zur Formulierung eingebracht worden ist.

Auf die Äußerung von Herrn Suhr entgegnet er, dass es irrelevant ist, dass nicht deutsche, sondern dänische und polnische Fischer in dem betreffenden Fanggrund betroffen sind.

Herr Quintana Schmidt widerspricht Herrn Adomeit, dass er sich in seinem Redebeitrag gegen die Küstenfischer gestellt hat. Die Ablehnung des Antrags beruht auf der rechtlichen Unzulässigkeit.

Herr Haack stellt nachfolgenden Änderungsantrag:

„Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund beschließt, dass der Vorgang um das illegale Verkippen von Steinen in der Ostsee von Greenpeace ausdrücklich missbilligt wird. Des Weiteren stellt die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund ihre Solidarität mit den Küstenfishern unserer Region fest.“

Um sich auf die neue Sachlage einzustellen, beantragt Herr Quintana Schmidt für die Fraktion DIE LINKE eine Auszeit.

Auszeit: 18:34 Uhr bis 18:43 Uhr

Aufgrund des vorliegenden Änderungsantrages zieht Frau Bartel den Antrag zur Geschäftsordnung zurück.

Herr Dr. Zabel erkundigt sich, ob der nun vorliegende Änderungsantrag zulässig ist.

Herr Paul erklärt für das Präsidium, dass der Änderungsantrag zugelassen wird.

Diesbezüglich äußert Herr Suhr seine kommunalrechtlichen Bedenken, da es sich aus seiner Sicht um einen substanzverändernden Antrag handelt.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, lässt der Präsident über den Änderungsantrag wie folgt abstimmen:

Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund beschließt, dass der Vorgang um das illegale Verkippen von Steinen in der Ostsee von Greenpeace ausdrücklich missbilligt wird. Des Weiteren stellt die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund ihre Solidarität mit den Küstenfishern unserer Region fest.

Abstimmung: Mehrheitlich beschlossen

2020-VII-05-0291

für die Richtigkeit der Angaben: gez. i.A. Steffen Behrendt

Stralsund, 03.09.2020